

Seite: Online 01.10.2015, 12:57 Uhr**Nummer:** 1340650843**Weblink:** <http://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/freistaat-startet-umbauoffensive.html>

Freistaat startet Umbauoffensive

2300 staatliche Ämter und Behördengebäude sollen barrierefrei werden

Gut 2300 staatliche Ämter und Behördengebäude in Bayern sollen in den kommenden Jahren barrierefrei umgebaut werden. Nach einer Bestandsaufnahme der Ministerien weisen mehr als zwei Drittel der für die Bürger zugänglichen Bauten des Freistaats "Defizite" in Sachen Barrierefreiheit auf. Diese Zahlen des Sozialministeriums zitierte der CSU-Landtagsabgeordnete Hans Reichhart heute in einer Sitzung des Sozial-

ausschusses in München. "Defizite" bedeutet, dass die Gebäude entweder nicht barrierefrei zugänglich sind oder dass Behindertentoiletten fehlen.

Reichharts Wortmeldung überraschte die Opposition, die schon vor Monaten nach den Zahlen gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten hatte. "Ich stelle fest, dass der Kollege Reichhart offenbar mehr weiß als wir", ärgerte sich die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann.

Nach Schätzung des Sozialministeriums würde der Umbau der 2000 Behörden-

gebäude gut 91 Millionen Euro kosten.

Der Umbau von 460 Gebäuden solle in diesem und im nächsten Jahr weitgehend abgeschlossen werden, berichtete Reichhart. "Wir sind schon ziemlich weit." In der Bestandsaufnahme des Sozialministeriums nicht enthalten sind Bahnhöfe, Haltestellen und kommunale Gebäude - der Großteil der öffentlichen Bauten in Bayern.

()

Abbildung:

Nach Schätzung des Sozialministeriums würde der Umbau der Behördengebäude in Richtung Barrierefreiheit gut 91 Millionen Euro kosten. (Foto: dpa).

2 300 Behörden sollen barrierefrei werden

Großes Versprechen des Ministerpräsidenten: Bis 2023 sollen Gebäude umgebaut sein

München. (dpa) Gut 2 300 staatliche Ämter und Behördengebäude in Bayern sollen bis 2023 barrierefrei umgebaut werden. Nach einer Bestandsaufnahme der Ministerien weisen mehr als zwei Drittel der für die Bürger zugänglichen Bauten des Freistaats "Defizite" in Sachen Barrierefreiheit auf. Diese Zahlen des Sozialministeriums zitierte der CSU-Landtagsabgeordnete Hans Reichhart am Donnerstag in einer Sitzung des Sozialausschusses in München. "Defizite" bedeutet, dass die Gebäude entweder nicht barrierefrei zugänglich sind oder dass Behindertentoiletten fehlen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hatte in seiner ersten Regierungserklärung nach der Landtagswahl 2013 versprochen, die öffentlichen Gebäude Bayerns sollten bis 2023 barrierefrei werden. Nach Schätzung des Sozialministeriums würde der Umbau der 2 300 Behördengebäude gut 91 Millionen

Euro kosten. Der Umbau von 460 Gebäuden solle in diesem und im nächsten Jahr weitgehend abgeschlossen werden, berichtete Reichhart. "Wir sind schon ziemlich weit."

In der Bestandsaufnahme des Sozialministeriums nicht enthalten sind allerdings Bahnhöfe, Haltestellen und kommunale Gebäude - der Großteil der öffentlichen Bauten im Freistaat. Die Opposition wirft Seehofer deswegen vor, falsche Versprechen abgegeben zu haben. "Bei einem Sonderinvestitionsprogramm geht es nun mal in erster Linie um die Kohle", sagte die SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann. "Es fehlt ein detaillierter Aktionsplan als Schrittmacher."

Dass die CSU-Fraktion die Zahlen zum Sanierungsbedarf bei den Gebäuden des Freistaats in der Sitzung publik machte, überraschte die Opposition. Diese hatte schon vor Monaten nach den Zahlen

gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten. "Ich stelle fest, dass der Kollege Reichhart offenbar mehr weiß als wir", ärgerte sich die SPD-Sozialpolitikerin Waldmann.

In der Frage Barrierefreiheit sind sich SPD, Grüne und Freie Wähler einig: "Es wird trotz Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nicht mit dem notwendigen Dampf angegangen", sagte die Grünen-Abgeordnete Kerstin Celina. Die Freien Wähler fordern unter anderem höhere Zuschüsse für Umbauarbeiten der bayerischen Bahnhöfe. "Der Ministerpräsident hat eine Vorgabe gemacht. Da sollte er sich vorher eine Vorstellung gemacht haben, welche und wie viele Mittel dafür zur Verfügung stehen", kritisierte der FW-Abgeordnete Hans-Jürgen Fahn.

Abbildung: Bis 2023 sollen 2 300 Ämter und Behörden im Freistaat für geschätzt rund 91 Millionen Euro barrierefrei umgebaut werden. (Archivfoto)

Fotograf: Arno Burgi

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

Augsburger Allgemeine vom 02.10.2015

Augsburger Allgemeine**Seite:** 12
Ressort: B-AS**Quellrubrik:** Bayern
Ausgabe: Augsburger Allgemeine Augsburg,
Hauptausgabe

2300 Gebäude werden barrierefrei

Ziele Bis 2023 soll es keine Hindernisse mehr geben. Opposition sauer

Von Carolin Oefner

München Das Ziel ist ambitioniert: Bis zum Jahr 2023 will der Freistaat Bayern barrierefrei sein. Das hatte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nach der Landtagswahl 2013 versprochen. Im Landtag berichtete gestern das Sozialministerium über den Stand der Dinge. Die interessanteste Nachricht aber kam von dem schwäbischen CSU-Abgeordneten Hans Reichhart - sehr zum Ärger der SPD.

2300 Ämter und Behörden sollen in den kommenden Jahren barrierefrei umgebaut werden, verkündete Reichhart. Ein Fünftel der Gebäude würde bereits bis 2016 barrierefrei. "Die Hälfte aller staatlichen Gebäude ist öffentlich zugänglich. Zwei Drittel davon weisen Defizite bei der Barrierefreiheit auf", sagte der Abgeordnete. In der Bestandsaufnahme des Sozialministeriums seien

allerdings keine Bahnhöfe enthalten und auch keine kommunalen Gebäude. Der Umbau der 2300 Behördengebäude werde gut 91 Millionen Euro kosten. Dass der CSU-Politiker diese Zahlen offenbar vom Sozialministerium erhalten hatte, die Vertreterin des Ministeriums sie in der Sitzung aber nicht genannt hatte, sorgte bei der SPD für Verärgerung. Die Münchner Abgeordnete Ruth Waldmann hatte schon vor Monaten danach gefragt - ohne Erfolg. Sie beschwerte sich, dass nur die CSU informiert worden sei.

Priorität hat laut Staatsregierung nun die "gesellschaftliche Barrierefreiheit" - die in den Köpfen der Menschen also. Noch dieses Jahr soll ein Internetportal online gehen, das die Öffentlichkeit über das Thema Barrierefreiheit informieren will. Die Staatsregierung möchte außerdem die Beratung in allen Regierungsbezir-

ken ausbauen. Die Anlaufstellen bieten Informationen für barrierefreies Bauen durch die bayerische Architektenkammer.

Finanziell steht das Projekt nach Angaben der Regierung auf sicheren Beinen: 200 Millionen seien im neuen Doppelhaushalt veranschlagt. Diese Zahl klinge zwar gut, sei aber weit hergeholt, rechnete die SPD-Abgeordnete Waldmann vor: Die 200 Millionen seien kein neu verfügbares Geld. "Wenn man alles abzieht, was ohnehin ansteht, dann bleiben 20 Millionen pro Jahr übrig", sagte sie. Forderungen, dass die Regierung nur das Geld ausgeben sollte, das wirklich zur Verfügung steht, konterte der Ausschussvorsitzende Joachim Unterländer (CSU): "Die Barrierefreiheit darf nicht an der Flüchtlingsproblematik scheitern." »Kommentar

Augsburger Allgemeine vom 02.10.2015

Augsburger Allgemeine**Seite:** 11
Ressort: B-AS**Quellrubrik:** Bayern
Ausgabe: Augsburger Allgemeine Augsburg,
Hauptausgabe

Etwas mehr Respekt, bitte!

Kommentar von Uli Bachmeier

Kommentar

von Uli Bachmeier

Ärger im Landtag

jub@augsbu-ger-allgemeine.de

Wissen ist Macht. Herrschaftswissen sichert den Regierenden einen Vorsprung vor den Regierten. Das ist eine ziemlich alte Geschichte. Irgendwann hat man dann, damit es nicht ganz so hart ist für die Regierten, die Demokratie erfunden. In Bayern aber, wo die CSU seit zwei Jahren wieder alleine regiert, scheinen einige dieser Errungen-

schaften immer mal wieder in Vergessenheit zu geraten.

Gestern im Sozialausschuss des Landtags durfte sich die tapfer werkelnde Münchner SPD-Abgeordnete Ruth Waldmann mit einigem Recht veräppelt fühlen. Sie war schon vor Monaten auf die Idee gekommen, mal nachzufragen, wie das mit der von Ministerpräsident Seehofer versprochenen Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden denn nun genau aussehen soll: Zahl der Gebäude, Kosten usw. Eine Antwort aus dem

Sozialministerium aber bekam sie nicht, auch gestern in der Sitzung nicht. Die CSU hat es da leichter. Ein kurzer Anruf zwei Tage vor der Sitzung reichte aus.

Eine Kleinigkeit? Vielleicht. Aber etwas mehr Respekt vor den Rechten des Landtags sollten Ministerialbeamte schon haben.

»Lesen Sie dazu auch "2300 Gebäude werden barrierefrei".